

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/196

Bonn, den 14. Oktober 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Mach mal Pause! 49

Franz Josef Strauß setzt den Wahlkampf in den USA fort

2a Notwendiger Rückblick 80

CSU ist eine selbständige Partei - aber mit allen Konsequenzen

3 Eine ungewöhnliche Frau 45

Zum Tode von Helene Wessel

4 Spaniens Zukunft ist nur vier Mark wert 42

Gelehrtenflucht und drohende Unterentwicklung

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Um eine Aussöhnung mit Polen bemüht
Lernen, miteinander umzugehen
Substanz Deutschlands sichern
Frage nach dem Konsens der Bevölkerung
Mupka als Bundesvorsitzender wiedergewählt
Eichendorff-Literaturpreis für Hugo Hartung
Wieder nach Hause fahren können

Mach mal Pause!

Franz Josef Strauß setzt den Wahlkampf in den USA fort

sp - Eigentlich wollte er nach der Bundestagswahl erst einmal Pause machen, um seinen schwerverletzten Arm auszukurieren und gewisse Kreislaufschwierigkeiten zu beheben. Dann aber flog er in die Vereinigten Staaten und setzte dort den Wahlkampf fort. Gemeint ist Franz Josef Strauß, zur Zeit noch Bundesfinanzminister und Vorsitzender der bayerischen CSU.

Es scheint so, daß Strauß die Manuskripte seiner Wahlreden nach den Vereinigten Staaten mitgenommen hat, wohl meinend, daß auch dort noch Wähler für die CSU zu gewinnen sein könnten. Denn: Franz Josef Strauß wettert wie seinerzeit in bayerischen Bierzelten während des Wahlkampfes gegen die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages, bezichtigt Willy Brandt und die SPD einer illusionären Deutschland- und Außenpolitik und tut so, als sei ihm nunmehr die Aufgabe zugefallen, die deutsche Politik im Ausland madig zu machen.

- * Hierbei benimmt sich Franz Josef Strauß so, als wüßte er nicht
- * genau, daß auch die neue Bundesregierung das Nordatlantische
- * Bündnis weiter stärken wird und gerade die NATO als Grundlage
- * ihrer Friedenspolitik bei gleichzeitiger Fortsetzung der Bemü-
- * hungen um Verständigung mit dem Osten betrachtet. Sie befindet
- * sich damit in völligem Einklang mit den Beschlüssen der NATO-
- * Ministerratstagung in Rejkjavik.

Strauß aber redet sich die Seele aus dem Hals, kann kaum seine Wut darüber verbergen, daß er demnächst auf der Oppositionsbank des Bundestages sitzen wird und kündigt seinem staunenden Publikum schweiß- und schlecht in Form den baldigen Ausverkauf Europas und der NATO an.

In vertraulichen Gesprächen mit amerikanischen Journalisten soll Strauß sogar behaupten - so wird uns berichtet -, Konrad Adenauer würde sich im Grabe umdrehen, wenn er mit ansehen müßte, wie sein "blasser Nachfolger Kiesinger Deutschland dem Untergang zutreiben" lasse.

Wir hatten Franz Josef Strauß für so intelligent, um anzunehmen, daß diese Untergangsgeschichte nur erfunden ist. Aber schon die Tatsache, daß sie in amerikanischen Journalistenkreisen kolportiert wird und daß man sie in den USA sogar glaubt, spricht Bände.

Zur Sache: Wenn nur die Hälfte dessen korrekt wiedergegeben ist, was man jetzt so über die Strauß-Reden in Amerika liest, muß nach der CSU-Vorsitzende sagen lassen, daß er mit der Fortsetzung seines Wahlkampfes in den USA der deutschen Sache einen denkbar schlechten Dienst erweist.

Eigentlich wäre es Aufgabe seiner politischen Freunde, ihn zur Ordnung zu rufen. Da dies aber nicht beabsichtigt zu sein scheint, wollen wir mit aller Deutlichkeit feststellen: Die Strauß-Reden in Amerika sind nicht nur deplaziert, sondern schaden dem deutschen Ansehen bei unserem stärksten Verbündeten. Derjenige deutsche Politiker, der im Ausland den Eindruck erweckt, als seien seine innenpolitischen Gegner unzuverlässig, leistet denjenigen Kräften in Ost und West Vorschub, die ein Interesse daran haben, das Mißtrauen gegenüber Deutschland aufrechtzuerhalten.

Herr Strauß, machen Sie mal Pause!

+ + +

Notwendiger Rückblick

CSU ist eine selbständige Partei - aber mit allen Konsequenzen

spk - Das Wechselspiel der CSU zwischen selbständiger Partei und Einheitsfraktion mit der CDU ist zu Ende. Die CSU hat ihren Anspruch, als selbständige politische Kraft so nachdrücklich vertreten, daß sie jetzt nicht mehr zurück kann. Sie ist auch nach dem Parteiengesetz und nach dem Bundeswahlgesetz eine selbständige Partei; mit 9,4 Prozent der Stimmen allerdings eine kleine. Da hilft ihr jetzt kein Wehklagen, in diese Position hat sich die CSU selbst hineinmanövriert.

Nun möchte sich die CSU hinter der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU verkriechen. Die Art des Zustandekommens dieser Fraktionsgemeinschaft vor vier Jahren beweist aber, daß auch hier die CSU Wert auf die Feststellung legte, daß es sich um eine lose Verbindung von zwei selbständigen Parteien handle. Die CSU beteiligte sich sogar mit einer eigenen Verhandlungsdelegation an den Beratungen über die Bildung der Bundesregierung. Außerdem wurde die Erneuerung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Das geht eindeutig aus einem Beschluß hervor, den die Landesgruppe der CSU im Landtag am 11. Oktober 1965 zu den Regierungsverhandlungen faßte. Dieser Beschluß lautete:

"1. Die CSU-Landesgruppe billigt die mit der CDU erzielte Übereinkunft in den Sachfragen und erwartet von der kommenden Bundesregierung die baldige Durchführung der vorgeschlagenen Lösungen. Die Zustimmung des Bundeskanzlers zu den außenpolitischen Vorstellungen der CSU ist die unerlässliche Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

2. Die CSU-Verhandlungskommission wird beauftragt, dahin zu wirken, daß bei der Bildung der Bundesregierung institutionelle und personelle Lösungen gefunden werden, die die Durchsetzung der vereinbarten Politik gewährleisten.

3. Die Landesgruppe wünscht die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der CDU. Der Vorsitzende der Landesgruppe wird beauftragt, die Fraktionsgemeinschaft dann zu vereinbaren, wenn er im Einvernehmen mit der Verhandlungsdelegation die Voraussetzungen dafür als erfüllt ansieht."

Einige Tage später, am 16. Oktober 1965, erläuterte der "Bayernbrief" diesen Beschluß. Daraus geht hervor, so schrieb das CSU-Organ, wie ernst es der CSU damit ist, "die Fraktionsgemeinschaft mit der

CDU erst dann zu erneuern, wenn gewährleistet ist, daß mit den erreichten institutionellen und personellen Lösungen die Durchsetzung der von beiden Seiten als richtig erkannten Politik möglich ist." Das Blatt bemerkte dazu noch, daß es wohl für niemanden schmerzlicher sein würde, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU nicht mehr einzugehen, als für die Ehrenden Persönlichkeiten der CSU selbst, "dennoch, diese Gemeinschaft keine Selbstverständlichkeit".

Daß die CSU später die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU trotzdem wieder einging, ohne allerdings ihre Wünsche bei der Regierungsbildung durchgesetzt zu haben, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Selbst im Eingeständnis ihrer Niederlage beharrte sie noch auf ihrem Anspruch, organisatorisch und politisch als selbständige Partei zu gelten. So schrieb z.B. Baron von Guttenberg in einem Leitartikel des "Bayernkurier" über die Regierungserklärung Erhards am 30. Oktober 1965:

"In der zweiten Regierung Erhard ist die CSU mit fünf Kabinettsmitgliedern stärker vertreten als sie es in der ersten war. Diese Tatsache darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die CSU in jenen Bereichen, die mehr als alle anderen Sachen der Exekutive sind - nämlich in der Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik - keinen direkten Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte erhalten hat. Die CSU nimmt diese Entscheidung des auch von ihr gewählten und unterstützten Regierungschefs hin; aber niemand und gewiß nicht der Kanzler selbst wird von ihr erwarten, daß sie nun etwa weniger entschieden für ihr Programm eintritt, das sie auch bisher klar und offen vertreten hat."

Für die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl am 28. September 1969 hatte die CSU noch weitergehendere Forderungen als vor vier Jahren vorbereitet. Einer regierungsfähigen Mehrheit der Unionsparteien gegenüber, lancierte sie noch vor der Wahl ihre Pläne in die Öffentlichkeit. Sie war beabsichtigt, einen detaillierten Koalitionsvertrag mit der CDU zu verhandeln, dessen Entwurf bereits in der Schublade schlummerte. Durch diesen Vertrag sollte Vorsorge getroffen werden, daß auch CSU-Politiker Schlüsselpositionen, wie z.B. den Bundeskanzler, einnehmen können.

Die CSU wollte sich anscheinend wiederum als Königsmacher betätigen, diesmal aber einen Abkömmling des eigenen Stammes auf den Thron setzen. Aber die Trauben hingen zu hoch. Als die Koalitionsverhandlungen in eine andere Richtung liefen als es sich die CSU vorstellte, fühlte sie sich schließlich wieder mit der CDU schwesterlich in einer Partei vereinigt. Diesmal ist der Dampfer jedoch ohne die CSU abgefahren. Sie findet sich nun selbständige Partei mit 9,4 Prozent in der Opposition wieder. Nach dem Tanz auf zwei Hochzeiten herrscht in der Münchner Lazarettstraße Kältestimmung. + + +

Eine ungewöhnliche Frau

Zum Tode von Helene Wessel

sp - Den Lebensweg von Helene Wessel, die nach langer Krankheit im 71. Lebensjahr dem Tode erlag, kennzeichnen höchst bemerkenswerte Stationen. Tiefe religiöse Grundüberzeugung bestimmten ihr Wirken und öffneten ihr den Weg für soziale und politische Aufgeschlossenheit. Die 1898 in Dortmund geborene Jugendfürsorgerin und Diplomwohlfahrts-
pflegerin, dann Stenotypistin und schließlich Sekretärin der damaligen
Zentrumspartei war von 1928 bis 1933, als die lange Nacht über Deutsch-
land hereinbrach, Spezialist für Sozialpolitik im preußischen Landtag.
Als Göring, nach dem Staatsstreich Papens preußischer Ministerpräsident,
auch für sich ein Ermächtigungsgesetz verlangte, stimmte sie mit den
weiblichen Mitgliedern der Zentrumsfraktion gemeinsam mit den Sozial-
demokraten mit NEIN, während die übrigen Landtagsfraktionen (die KPD
war bereits ausgeschaltet) für die zwei Drittel-Mehrheit sorgten,
darunter auch die männlichen Mitglieder des Zentrums. Nach 1933 arbei-
tete Helene Wessel als Jugendfürsorgerin und im Verwaltungsdienst eines
Krankenhauses. Ab 1938 wurde sie leitende Fürsorgerin bei der Zentrale
der Katholischen Fürsorgepfarreien.

Geistig und seelisch ungebrochen widmete sich Helene Wessel nach
1945 als Mitbegründerin des wiedererstandenen Zentrums wieder der
Politik. Sie gehörte von 1949 bis 1950 dem Landtag von Nordrhein-West-
falen an, wurde 1949 der erste weibliche Vorsitzende einer Partei und
einer Fraktion, Leben der Zentrumspartei und entwickelte sich zum
leidenschaftlichen Gegner Adenauers schon in der ersten Legislatur-
periode des Deutschen Bundestages. Ihre Führungsqualitäten und ihre
Beredsamkeit konnten freilich das Ende des Zentrums als politische
Kraft nicht aufhalten. Sie verließ die Zentrumspartei 1952 und gründete
gemeinsam mit Gustav Heinemann die gesamtdeutsche Volkspartei, die sich
fünf Jahre später wieder auflöste. Gustav Heinemann, nun der 3. Bundes-
präsident der Bundesrepublik Deutschland und Helene Wessel zogen die
einzig für sie mögliche Konsequenz, sie fanden fast gleichzeitig den
Weg zur Sozialdemokratie, Heinemann als profiliertes Protestant und
Wessel als engagierte Katholikin. Die Sozialdemokratie war ihnen zur
politischen Heimat geworden und der Boden, auf dem sie ihren Grund-
überzeugungen treu bleiben konnten. Die Außen- und Deutschlandpolitik
fand das besondere Interesse von Helene Wessel. Ihre Reden im Bundestag
zeichneten sich durch Klarheit und Folgerichtigkeit aus, ihre Haupt-
sorge galt der Sicherung des Friedens. Als stellvertretende Vorsitzende
des Petitions-Ausschusses lernte sie in unzähligen Briefen und Eingaben
die Sorgen vieler Tausender Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik
kennen; wo es irgendwie ging, schaffte sie unmittelbar Abhilfe.

Konrad Adenauer hatte nach dem Zusammenbruch versucht, Helene
Wessel, diese bescheidene, ungewöhnliche und tapfere Frau von
reinerer Gesinnung zum Übertritt zur CDU zu bewegen. Eine glänzende
Karriere hätte sich ihr angeboten. Adenauer bekam eine Abfuhr. Zwischen
ihrer von Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit geprägten Welt und der
Welt des rheinischen Konservativen konnte es einen Brückenschlag nicht
geben. Helene Wessel wird allen unvergesslich bleiben, die sich zu
ihren Freunden und Kampfgefährten zählen durften.

Spaniens Zukunft ist nur vier Mark wert

Gelahrtenflucht und drohende Unterentwicklung

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Im Wettlauf mit dem technischen, industriellen und wissenschaftlichen Fortschritt hat Spanien das Klassenziel noch längst nicht erreicht. Wenn in einer einzigen Woche über 100 junge Wissenschaftler des spanischen Forschungs- und Wissenschaftsrates mehrfach in Sitzstreik treten, dann schreit der reaktionäre Flügel des Establishments am liebsten "Subversion". Mit Cassandra-Rufen sind jedoch so schwere und schleichende Krisen wie die der spanischen Forschung nicht zu meistern. Während in der Bundesrepublik pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 5,1 Prozent des Volkseinkommens für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt werden, um heute den Anforderungen der Welt von morgen gewachsen zu sein, ist den Spaniern die technische und wissenschaftliche Zukunft im Jahre gerade vier Mark wert, also nur 0,2 Prozent des Volkseinkommens. Die USA investieren sogar 3,31 Prozent in ihre Zukunft, die Sowjets sicherlich nicht viel weniger. Die spanische Mitarbeit im europäischen Kernforschungszentrum Cern wurde gar aus Geldmangel eingestellt.

Spaniens Wissenschaftler - das enthüllten die Sitzstreiks - sind nicht nur in ihren Forschungsmöglichkeiten beschränkt, sie sind auch unterbezahlt. "Hilfsforscher" auf der untersten Sprossenleiter der verbeamteten Wissenschaftshierarchie mit Doktordiplom, Fachveröffentlichungen und mehrjährigem Auslandsaufenthalt erhalten oft weniger Unterhaltszuschuß im Monat als ein ungelernter Arbeiter verdient. Planstellen sind rar, der staatliche Forschungsbetrieb bürokratisiert und beengt. Spaniens Forscher wandern ins Ausland ab und kommen dort zu Ehren, wie der Medizin-Nobelpreisträger Prof. Severo Ochoa, der erst in den USA vernünftige Arbeitsmöglichkeiten vorfand.

Wenn nicht dringend Abhilfe geschaffen und die Forschung in Spanien großzügiger dotiert wird, droht dem Lande der Rückfall in die über überwundene Unterentwicklung, mahnte die ganze spanische Presse von "Informaciones" bis "Nuevo Diario". Sie verlangt sogar vom Staat, die Privatunternehmen zum Unterhalt von Forschungsabteilungen zu verpflichten. Mit Neid blicken die Wissenschaftler auf deutsche Unternehmen wie Siemens und BASF, die auf ihre Leistungen stolz sein können.

Die Privatindustrie Spaniens vernachlässigt die Forschung kaum weniger als der Staat. Als das Nachrichtenmagazin "Mundo" das Industrie-Ministerium befragte, warum Spaniens Industrie lieber Millionen für ausländische Patente und Lizenzen zahlt, war die Antwort bezeichnend: "Der Staat bietet jede finanzielle Hilfe - nur wollen die Privatunternehmen nicht forschen." Der rasche Gewinn ist ihnen wichtiger, die Zukunft ist den Spaniern bis nur vier Mark wert. Überdies läßt ein veraltetes Erziehungssystem die ungeheuere Begabtenreserve des Landes unausgeschöpft verkümmern, ein Fehler, der sich einmal bitter rächen wird.